



Braunkohlekraftwerk (im sächsischen Boxberg): Eine Reise zurück in die Vergangenheit

UMWELT

„Schwarzer GAU“

Die Stromkonzerne planen etliche neue Kohlekraftwerke, um Atomreaktoren zu ersetzen. Experten warnen vor den Klimaschädlingen, eine saubere Technologie ist noch nicht serienreif.

Der Hamburger Bürgermeister hat zwei Jobs: Als Klimaschutzbeauftragter von Kanzlerin Angela Merkel soll Ole von Beust Vorschläge machen, wie Deutschland die internationalen Vereinbarungen zur Verminderung des Klimakillers Kohlendioxid umsetzen könnte.

Als Landespolitiker aber muss der CDU-Mann demnächst einen Bauantrag des Energiekonzerns Vattenfall durchwinken, der diesen Zielen genau zuwiderläuft: Vattenfall will im Hafen der Hansestadt zwei Kohlekraftwerkblöcke mit einer Gesamtleistung von über 1600 Megawatt bauen. Günstig gelegen für die Anlieferung etwa russischer Steinkohle in großen Schiffen, soll das Werk Moorburg eines der modernsten Kraftwerke Europas werden.

2012 soll der Neubau ans Netz gehen. Dann werden pro Jahr rund sieben Millionen Tonnen Kohlendioxid aus den Schornsteinen quellen – 40 Prozent des heutigen Hamburger Kohlendioxidausstoßes in Industrie, Haushalten und Kraftwerken. „Das ist eine Kapitulation der Klimapolitik“, schimpft der ehemalige Hamburger Umweltsenator und heutige Windenergie-Unternehmer Fritz Vahrenholt.

In dieser Zwickmühle steckt Beust freilich nicht allein – die gesamte deutsche Energiepolitik bewegt sich derzeit zwischen Widersprüchen, die schwer auflösbar erscheinen: Die Kanzlerin mag am verein-

barten Atomausstieg derzeit nicht rütteln, zugleich aber hielt sie beim Energiegipfel vergangene Woche daran fest, dass Deutschland bis 2020 seinen CO₂-Ausstoß um 40 Prozent reduzieren müsse.

Ein planmäßiger Ausstieg aus der Kernenergie fordere jedoch den Ersatz von 20 Gigawatt Stromerzeugung, so Vattenfall-Sprecher Peter Poppe. Weitere 20 Gigawatt würden notwendig, weil veraltete Kohle-, Gas- oder Ölkraftwerke abgeschaltet würden.

Während Politiker wie Wirtschaftsminister Michael Glos und Umweltminister Sigmar Gabriel noch debattieren, wo die fehlende Energie herkommen soll, handeln die Stromkonzerne bereits: Weil sie auf die

Atomkraft nicht setzen können und alternativen Energieträgern nicht genug Leistung zutrauen, geht die Reise zurück in die Vergangenheit; von Stade im Norden bis Karlsruhe im Süden wollen die Unternehmen rund 30 teils riesige neue Kohlekraftwerke bauen und etliche alte modernisieren. Dabei sind Stein- und Braunkohle heute schon bei der Energiegewinnung mit rund 40 Prozent die größten Verursacher des Klimakillers CO₂.

Nach den Planungen der Energieversorgungsunternehmen wird sich dieser Anteil in Deutschland bald weiter erhöhen – zumal eine Technologie, die das Kohlendioxid aus den Abgasen filtert, noch lange nicht großflächig einsetzbar ist. „Ohne einen Zubau von Kohlekraftwerken“, sagt Werner Brinker, Vorstandsvorsitzender des Energieunternehmens EWE in Oldenburg, „ist ein sicherer Energiemix nicht zu gewährleisten.“ Weder Erdöl („krisenabhängig“) noch Erdgas aus Russland („politisch riskant“) oder Uran („nur begrenzt verfügbar“) könnten die Kohle ersetzen.

Und Kohle gibt es genug, die heute bekannten Vorkommen weltweit reichen wohl noch für 220 Jahre. Kohle ist billig und zudem sehr viel gleichmäßiger über den Globus verteilt als Erdöl.

Das Faible für die Kohle teilt auch Gabriel: Nach dem Atomausstieg 2020 soll sie viel Saft für das Wirtschaftswachstum liefern. Als SPD-Mann mit höheren Ambitionen habe sich der Umweltminister auf die Seite der nordrhein-westfälischen Kohle-Sozis geschlagen, denen es mehr um Arbeitsplätze im auslaufenden Berg-



Energiepolitiker Merkel, Glos, Gabriel*: „In der Falle“

* Am 3. Juli beim Energiegipfel in Berlin.

bau gehe als um das Klima, klagten Umweltschützer. „Gabriel ist Kohlepolitiker und sitzt selbst in der Klimafalle“, urteilt Jürgen Resch, Geschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe. Und EU-Umwelt-Kommissar Stavros Dimas warnte kürzlich vor dem Bau neuer Kraftwerke, solange nicht geklärt sei, wie das CO₂ beseitigt werden könne.

Vergangene Woche wies Gabriel trotzdem Greenpeace-Demonstranten vor dem Kanzleramt ab: „Wir brauchen diese Kraftwerke.“ Und es gehe ja auch nur um neun Neubauten.

Nur hat das Gabriel unterstellte Umweltbundesamt (UBA) in einer Kohlestudie andere Zahlen ermittelt. Danach sind bei der Bundesnetzagentur mindestens 45 Neubau- oder Umrüstanträge eingegangen. Das UBA kommt in einer Untersuchung zu dem Fazit: Mit der Umsetzung dieser Pläne werde Deutschland die selbstgesetzten Klimaziele verfehlen. UBA-Präsident Andreas Troge fürchtet „einen schwarzen GAU für den Klimaschutz“.

Bundesweit ist in den Kommunen schon zu sehen, wie sich der Widerstand gegen die Kohlekraftwerke zu einer neuen Anti-KKW-Bewegung formieren könnte. So lehnte der Stadtrat von Krefeld den geplanten Neubau eines 750-Megawatt-Kohlekraftwerks der Aachener Energiegruppe Trianel erst einmal ab. Für manche, so die Publikation „Neue Energie“, sei das der „Beginn einer neuen Anti-Kohlekraft-Bewegung“. In Mainz demonstrierten kürzlich 3000 KKW-Gegner gegen einen Kraftwerksbau.

In Bremen avancierte der geplante Bau eines Kohlekraftwerks zum heikelsten Punkt der Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und Grünen. Während es den Sozialdemokraten vor allem um Investitionen und Arbeitsplätze geht, will die Öko-Partei den Bau verhindern. Um die Koalition zustande zu bringen, wurde die Entscheidung erst mal verschoben.

Weil aber die Mitarbeiter der Stadtwerke Bremen (SWB) dem Poker nicht länger tatenlos zusehen wollten, zogen jüngst mehrere hundert Beschäftigte lautstark in die Bremer Innenstadt. Auf Transparente hatten sie „500“ gemalt – so viele Arbeitsplätze seien angeblich gefährdet, falls aus dem Projekt nichts werde.

Freilich kann das Land den Bau in Wahrheit kaum verhindern, auch wenn das Kraftwerk die CO₂-Bilanz Bremens auf Jahrzehnte vermasseln wird. Der Antrag muss nach Bundesrecht wohl genehmigt werden: Die Bremer Regierung müsste nur die Entnahme von Kühlwasser aus der Weser absegnen – und könnte sich an diesem Punkt eine Zeitlang bockig stellen.

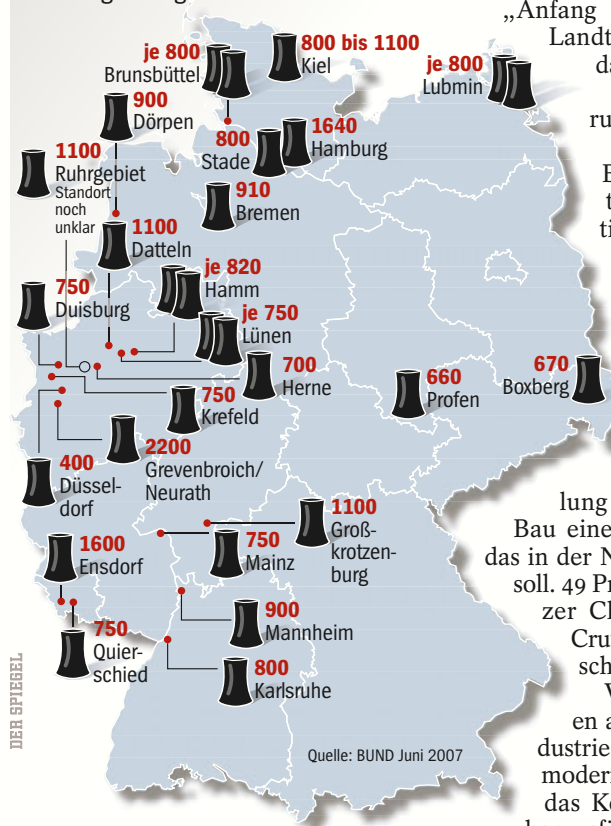
Mehrheitseigner der Stadtwerke ist seit 2000 der größte niederländische Stromversorger Essent, der seine Kapazitäten in Deutschland stark ausbauen will, um die bislang marktbeherrschenden deutschen Unternehmen attackieren zu können. Kein

Wunder deshalb, dass die SWB voll auf Kohle setzen: Nur dieser Brennstoff ist so preiswert zu haben, dass Essent wirtschaftlich mithalten kann. Ohnehin soll nur ein Drittel des Stroms aus dem neuen Kraftwerk in Bremen verkauft werden, der größte Teil aber an Kunden im Rest der Republik fließen.

Essent möchte mit der Nummer zwei in den Niederlanden, dem Amsterdamer Konzern Nuon, fusionieren, der zurzeit

Geplante Kohlekraftwerke

Leistung in Megawatt



Quelle: BUND Juni 2007

mit Werbekampagnen („Lekker Strom“) auf den deutschen Markt drängt und den heimischen Anbietern durch günstige Angebote für „atomfreien Strom“ die Kundenschaft streitig macht – und dieser atomfreie Strom soll künftig auch mit Kohlekraft produziert werden.

Standorte an der Küste mögen die Konzerne wegen der Transportmöglichkeiten besonders gern. Nicht nur in Hamburg und Bremen soll gebaut werden, sondern auch in Kiel, in Stade und auf der anderen Elbseite in Brunsbüttel (siehe Grafik).

Der niedersächsische Wirtschaftsminister Walter Hirche (FDP) kann dem Bau-boom der Stromkonzerne an der Küste vor allem positive Seiten abgewinnen: Die Lage am Meer biete eben Standortvorteile, findet er, das erhöhe die Chancen für Großinvestitionen und somit Arbeitsplätze.

Die Bevölkerung vor Ort ist freilich nicht immer erbaut. Selbst im konservativen

Emsland, wo die Union bei Kommunalwahlen schon mal 70 Prozent der Stimmen holt, formiert sich zurzeit Widerstand. Seit das Schweizer Unternehmen BKW Anfang Juni erklärte, bis 2013 an der Ems bei Dörpen ein 900-Megawatt-Kraftwerk mit einem 150 Meter hohen Kühlturm errichten zu wollen, ist die Aufregung groß. Binnen wenigen Tagen gelang es den Grünen, die sonst in der Gegend kaum wahrgenommen werden, über 2500 Unterschriften zu sammeln.

Der Vorsitzende der Grünen-Kreistagsfraktion, Nikolaus Schütte zur Wick, ist optimistisch, die Pläne stoppen zu können: „Anfang 2008 sind in Niedersachsen Landtagswahlen. Ich glaube nicht, dass die Union das Projekt gegen den Willen der Bevölkerung durchsetzen wird.“

Darauf hofft auch der BUND. Die Organisation unterstützt Anti-KKW-Bürgerinitiativen bundesweit, die Vorsitzende Angelika Zahrt schimpfte vergangene Woche nach dem Berliner Energiegipfel: „Wer neue Kohlkraftwerke plant, kann es mit dem Klimaschutz nicht wirklich ernst meinen.“

In Wiesbaden hat die Stadtverordnetenversammlung ein Moratorium gegen den Bau eines Kohlekraftwerks gefordert, das in der Nachbarstadt Mainz entstehen soll. 49 Professoren, darunter der Mainzer Chemie-Nobelpreisträger Paul Crutzen, votieren gegen die Dreckschleuder.

Viele Wissenschaftler misstrauen auch dem Versprechen der Industrie, die alte Technik werde ja nun modernisiert, irgendwann werde man das Kohlendioxid aus dem Qualm herausfiltern können und im Meer oder in Bergwerken deponieren.

Doch die sogenannte CCS-Technologie („Carbon Capture and Storage“) ist nicht nur kostspielig, sondern frühestens im Jahr 2020 serienreif. In Brandenburg baut Vattenfall gerade das erste Pilotkraftwerk weltweit mit CO₂-Abscheidung – freilich nur mit etwa der Leistung einer großen Windanlage.

Das CO₂ soll 800 Meter tief in die Erde gepumpt werden. Ab Herbst soll erkundet werden, wie sich das Gas dann in der Tiefe verhält. Zwar lagerte in den Gesteinsschichten unter dem brandenburgischen Ketzin schon einmal jahrzehntelang russisches Erdgas. Aber Kohlendioxid kann gefährlicher werden, sollte es ein Leck geben. Schon in einer Atemluftkonzentration ab fünf Prozent wird es für den Menschen schwierig zu überleben, ab acht Prozent führt das farblose Gift sicher zum Tod.

MICHAEL FRÖHLINGS DORF,
SEBASTIAN KNAUER